

ANTRAG

auf Erteilung einer der Genehmigung nach § 144 BauGB (sanierungsrechtliche Genehmigung)



Ausgefüllte und unterschriebene Anträge bitte an:

Stadt Schleswig
Fachbereich Bau
Fachdienst Stadtentwicklung
Gallberg 4
24837 Schleswig

oder per Mail: vorkaufsrecht@stadt-schleswig.sh

Bitte in Druckbuchstaben oder im PDF-Dokument ausfüllen

Für Vorhaben im Bereich des förmlich festgelegten Sanierungsgebiets „Schleswig St. Jürgen“

Sanierungssatzung der Stadt Schleswig, rechtsverbindlich durch Bekanntmachung
seit dem 13. März 2023 gemäß § 143 BauGB

Art des Vorhabens bzw. des Rechtsvorgangs (zutreffendes bitte ankreuzen)

Errichtung, Änderung oder Nutzungsänderung baulicher Anlagen
(sofern bauordnungsrechtlich genehmigungs- bzw. verfahrensfrei).

z. B. Sanierung/Teilsanierung von Gebäuden

Beizufügen: Es sind die einem Bauantrag üblichen Unterlagen einzureichen.

Veränderung von Grundstücken

(sofern bauordnungsrechtlich genehmigungs- bzw. verfahrensfrei)

z. B. Abgrabungen, Aufschüttungen, Beseitigung baulicher Anlagen.

Beizufügen: Beschreibung der Maßnahme, Pläne/Bildmaterial der geplanten Veränderung

Schuldrechtliche Vereinbarungen über den Gebrauch oder die Nutzung von Grundstücken, Gebäuden oder
Gebäudeteilen auf bestimmte Zeit von mehr als einem Jahr

z. B. Mietverträge, Nutzungsverträge, Pachtverträge

Beizufügen: Miet-/Nutzungs-/Pachtvertrag.

Begründung, Änderung oder Aufhebung einer Baulast

Beizufügen: Lageplan mit Kennzeichnung der beabsichtigten Maßnahme, Darstellung des Sachverhaltes/Anliegens

Adresse des Grundstücks (Straße, Haus Nr.)

Gemarkung / Flur:

Flurstück/e:

FÖRDERHINWEIS

Das Projekt wird im Rahmen des Bund-Länder-Programms „Sozialer Zusammenhalt“ anteilig aus Mitteln der
Stadterneuerung des Bundes, des Landes Schleswig-Holstein sowie aus Eigenmitteln der Stadt Schleswig gefördert.



Angaben zum Antragsteller*in - Vertreten durch eine rechtskräftige Person (Angaben nicht öffentlich)

Name, Vorname, ggf. Firma, Anschrift:

Telefon:

E-Mail:

sofern abweichend: Grundstückseigentümer*in oder Erbbauberechtigte*r (Name, Vorname, ggf. Firma, Anschrift):

Telefon:

E-Mail:

sofern abweichend: Vermieter*in oder Verpächter*in (Name, Vorname, ggf. Firma, Anschrift):

Telefon:

E-Mail:

Bauvorhaben

Beschreibung des beabsichtigten Vorhabens/der beabsichtigten Maßnahme(n):

Voraussichtliche Kosten

Euro

Voraussichtlicher Zeitraum der Durchführung

Hinweis: Vor Erteilung der sanierungsrechtlichen Genehmigung darf mit Vorhaben nicht begonnen werden. Bei Antrag auf Förderung und/oder Inanspruchnahme erhöhter steuerlicher Abschreibungen gem. §§ 7h, 10f oder 11a EStG darf mit dem Vorhaben nicht vor Unterzeichnung der Modernisierungsvereinbarung (Bauherr/Stadt) begonnen werden. Ein Rechtsanspruch auf Förderung und/oder steuerliche Vergünstigungen besteht nicht.

Hinweis: Für bauordnungsrechtlich genehmigungs- oder anzeigepflichtige Vorhaben ist dieses Formular nicht erforderlich und die Prüfung der sanierungsrechtlichen Genehmigungsfähigkeit erfolgt im Rahmen des Bauantragsverfahrens. Ein Bauantrag ist gesondert zu stellen.

Beigefügte Unterlagen

Bestandsdokumentation aktuelle Fotos, Pläne, ggf. Archivunterlagen

Baujahr:

gewerbliche Nutzfläche (qm):

Wohnfläche (qm):

Planunterlagen des Vorhabens/der Maßnahme:

Lageplan

Grundrisse/Schnitte/Ansichten

Fassadendetails weitere:

Baubeschreibung/Maßnahmenbeschreibung

Betriebsbeschreibung

Berechnungen des Maßes der baulichen Nutzung

Berechnungen des umbauten Raumes

weitere:

Wurde ein Vorbescheidsantrag gestellt? ja nein
Wenn ja, wann Az. und Bescheid vom

Wurde ein Antrag auf bauordnungsrechtliche Genehmigung gestellt? ja nein
Wenn ja, wann Az. und Bescheid vom

Hinweis: Wenn ja, dann ist dieses Formular nicht erforderlich.

Nutzungsvereinbarungen für Grundstücke, Gebäude oder Gebäudeteile

Beigefügte Unterlagen

Vetragsunterlagen (z. B. Mietvertrag mit Anlagen)

Baulasten

Beigefügte Unterlagen

Lageplan - Darstellung des Sachverhalts/Vorhabens

Hinweis: Für weitere genehmigungspflichtige Rechtsvorgänge, wie z.B. Veräußerung oder Teilung eines Grundstücks, Bestellung von Erbbaurechten, Grundschulden oder Dienstbarkeiten wird die sanierungsrechtliche Genehmigung in der Regel über das Notariat beantragt. Daher ist das Formular für diese Rechtsvorgänge nicht ausgelegt.

Erklärung

Dem/Der Antragsteller*in ist bekannt, dass die sanierungsrechtliche Genehmigung versagt werden kann, wenn Grund zur der Annahme besteht, dass das Vorhaben/der Rechtsvorgang die Durchführung der Sanierung unmöglich machen oder wesentlich erschweren würde bzw. die Ziele und Zwecke der Sanierung zuwiderlaufen würde. Weiterhin ist bekannt, dass eine sanierungsrechtliche Genehmigung auch unter Auflagen, Befristungen und Bedingungen erteilt werden kann oder vom Abschluss eines städtebaulichen Vertrags abhängig gemacht werden kann, wenn dadurch Versagungsgründe ausgeräumt werden können.
(§ 145 Abs. 4 BauGB)

Bei Bauvorhaben: Ich versichere, dass mit dem Vorhaben/der Maßnahme noch nicht begonnen wurde. Mir ist bekannt, dass die hier beantragte sanierungsrechtliche Genehmigung eine ggf. erforderliche bauordnungsrechtliche Genehmigung nicht ersetzt.

Ort, Datum

Unterschrift Antragsteller*in